

Alexander Recht

Europa in der Krise: Elemente einer LINKEN Gegenstrategie



Sozialistische Linke
realistisch und radikal

Schriftenreihe, Band 1

Inhalt

1	Probleme Griechenlands.....	3
2	Maßnahmen der Bundesregierung.....	3
	2.1 Rettungsschirm und Ankauf griechischer Staatsanleihen	4
	2.2 Kritik der LINKEN an der Politik der Bundesregierung.....	5
	2.2.1 Austerität	5
	2.2.2 Begünstigung der Spekulanten	6
	2.2.3 Bleiwirkung.....	6
3	Schuldenschnitt und Insolvenz.....	8
	3.1 Kapitalflucht und Zinsanstieg in der Zukunft	8
	3.2 Probleme der griechischen Ökonomie und ihrer Banken.....	9
	3.3 Probleme der EZB	9
	3.4 Probleme deutscher Banken	10
	3.5 Allgemeine Empirie.....	10
	3.6 Fazit.....	11
4	LINKE Lust an moralischer Kritik	11
5	LINKES Gestaltungskonzept	12
6	Mathematischer Anhang	14
	6.1 Saldenmechanik.....	14
	6.2 Situation in Deutschland	14
	6.3 Situation in Griechenland	15

Zum Autor

Alexander Recht, Köln, Diplom-Kaufmann, Diplom-Handelslehrer, Studienrat für BWL und VWL an einem Berufskolleg in Köln, Mitglied in der GEW, in der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, im Sozialistischen Forum Rheinland und in der LINKEN, Koordinator der Sozialistischen Linken Köln.

1 Probleme Griechenlands

Griechenland leidet an vier Krisenursachen: Erstens leidet es an stets steigenden Zinssätzen bei seiner Staatsverschuldung über Kapitalmärkte. Diese hohen Zinssätze fußen auf durch den Markt zugewiesenen hohen Risikoaufschlägen, die allen ökonomischen Problemen dieses Lands zum Trotz nicht gerechtfertigt sind.

Zweitens weist Griechenland gegenüber dem Niedriglohnstückkostenland BRD höhere Lohnstückkostensteigerungen auf. Diese Divergenz der Lohnstückkostentwicklung trägt dazu bei, dass die BRD Leistungsbilanzüberschüsse und Griechenland Leistungsbilanzdefizite erzielt. Solche Leistungsbilanzscheren lassen sich aber nur dadurch tragen, dass Griechenland seine Staatsverschuldung ausdehnt.¹

Drittens lässt die Fähigkeit des griechischen Staats, Steuereinnahmen bei seinen reichen Bevölkerungsteilen zu erzielen, zu wünschen übrig.

Viertens leidet Griechenland durch seine Fixierung auf Tourismus und Werften auch an strukturkritischen Problemen.

Die Kritikpunkte 3 und 4 sind Aufgaben der Griechen. DIE LINKE sollte beserwiserische Ratschläge sein lassen. Die Kritikpunkte 1 und 2 sind originär europolitische Probleme, und hier sollte DIE LINKE sich einbringen.

2 Maßnahmen der Bundesregierung

In einer Parteitage resolution der LINKEN steht: *„Mit der Erweiterung des Eurorettungsschirms auf 780 Milliarden Euro sollen (...) durch eine Aufblähung (Hebelung) des Betrags weitere finanzielle Risiken zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa eingegangen werden.“*²

So richtig diese Feststellung auch ist, so wenig hilft sie wirklich weiter, denn ohne Risiko ist momentan gar nichts zu haben. Die entscheidende Frage ist nämlich aktuell nicht, ob es Risiken gibt, auch nicht, ob eine Maßnahme dem gängigen Einordnungsmuster *„links vs. rechts“* entspricht, sondern was in einer Lage von Neuland richtig ist, um die Lebensverhältnisse der breiten Mehrheit der Bevölkerung in der EU wenigstens konstant zu halten, möglichst zu verbessern.

1 Siehe mathematischen Anhang.

2 <http://snipurl.com/2i3ibk>. Zitate ohne Zitation beziehen sich stets auf die Resolution.

Dabei wird hier die These vertreten, dass der Euro aufgrund seines einheitlichen Währungscharakters dem Grunde nach gut für die Mehrheit der Menschen ist, da er zu einer Unterbindung einer „*Beggar-My-Neighbour*“-Konkurrenz zwischen europäischen Staaten beitragen kann. Zu betonen sind dabei die Worte „*beitragen kann*“, denn eine kooperative statt konfrontative Politik setzt auch Absprachen auf den Gebieten von Lohn und Preis voraus – eine Voraussetzung, die leider besonders durch die neoliberale BRD-Politik an ihrer Erfüllung gehindert wird.

2.1 Rettungsschirm und Ankauf griechischer Staatsanleihen

Mit dem Eurorettungsschirm wird eine Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) etabliert, die selber Anleihen begibt, also als Schuldner auftritt. Auf diese Weise akquiriert die EFSF Mittel, die sie ihrerseits als Gläubiger dem griechischen Staat zur Verfügung stellt. Dies führt dazu, dass Griechenland nicht die hohen Zinsen zahlen muss, die es auf dem Kapitalmarkt bezahlen müsste, sondern die geringeren des ESFS.

Für gewöhnlich nimmt ein Staat neue Schulden auf (Neuverschuldung), um mit einem Teil der neuen Schulden die alten Schulden abzulösen. Nur was über die Ablösung alter Schulden hinaus an neuen Schulden aufgenommen wird, trägt den Namen Nettoneuverschuldung.³ Da bislang bei stets steigenden Zinssätzen die Ablösung zu einer Verteuerung führt, hat Griechenland Probleme.

Eine Neuverschuldung hingegen, bei der die neuen Zinssätze günstiger als die bisherigen sind, hilft Griechenland. Insofern gilt: *Ceteris paribus* nützt der Finanzierungsaspekt des ESFS dem griechischen Staat. Dasselbe gilt auch für den ab 2013 geplanten dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM, der seine Gelder nicht nur am Kapitalmarkt durch Anleihen aufnimmt, sondern auch durch direkte Zuschüsse der Mitgliedsländer.

Nicht nur die Staaten treten mit dem EFSF sowie demnächst dem ESM als Akteure auf, sondern auch die Europäische Zentralbank (EZB). Diese tritt nämlich als Käufer griechischer Staatsanleihen auf, die bereits auf dem Markt zirkulieren (sog. Sekundärmarkt).

Weil die EZB als Käuferin auftritt, bremst sie den Kursverfall der Staatsanleihen oder sorgt sogar für Kursanstiege. Fallen die Kurse nur gebremst, steigen die Effektivzinsen gebremst. Steigen die Kurse sogar, sinken die Effektivzinsen. Wenn aber

³ Die Nettoneuverschuldung umfasst zum einen die Zinszahlungen auf bestehende Schulden, zum anderen das Primärdefizit als Überhang der staatlichen Ausgaben (ohne Zinsen und Tilgung) über die Einnahmen.

die Effektivverzinsung umlaufender griechischer Staatsanleihen nur noch gebremst steigt oder gar sinkt, wird auch die Verzinsung neu ausgegebener griechischer Staatsanleihen (Primärmarkt) günstiger. Auch das hilft Griechenland.

Schließlich sorgt der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB auch für eine Ausdehnung der Geldmenge, was in der aktuell konjunkturell angespannten Lage sinnvoll ist.

2.2 Kritik der LINKEN an der Politik der Bundesregierung

DIE LINKE auf Bundesebene kritisiert an der Politik der Bundesregierung, die für den ESFS und den ESM eintritt, dreierlei:

1. Der Rettungsschirm sei mit einer Austeritätspolitik für Griechenland verknüpft.
2. Der Rettungsschirm begünstige Spekulanten.
3. Der Rettungsschirm sei einer aus Blei, also kontraproduktiv.

2.2.1 Austerität

Der erste Kritikpunkt wird völlig zurecht von der LINKEN formuliert, und er ist es auch, der die Ablehnung der Maßnahmen der Bundesregierung am stärksten legitimiert. Die Sparpolitik, die den Griechen aufgezwungen wird, ist ungerecht, post-demokratisch und auch dysfunktional, da sie die Chancen der Griechen auf Erholung untergräbt und die realwirtschaftlichen Divergenzen zwischen Griechenland und dem Rest der EU vertieft.

Die griechische Staatsschuldenkrise hat, wie erwähnt, ihre Ursachen auch in divergenten Lohnstückkostenentwicklungen. Um diesen Unterschied zu verringern, müsste die BRD endlich höhere Lohnsteigerungen je Arbeitnehmer erwirken, wohingegen Griechenland höhere Produktivitätssteigerungen bräuchte. Eine Sparpolitik steht aber gegen eine Produktivitätssteigerung im Sinne einer Steigerung des griechischen Pro-Kopf-Einkommens.

Aufgabe der LINKEN und Aufgabe von Resolutionen wäre es, die Kritik an den Sparpaketen in den Vordergrund zu rücken. Das aber wird in der Resolution unzureichend gemacht, da auch Geldzahlungen an Griechenland selbst als ineffektiv bezeichnet werden.

2.2.2 Begünstigung der Spekulanten

Weil die EZB Anleihen aufkauft, verfallen die Kurse umlaufender griechischer Staatsanleihen nicht. Da der ESFS Griechenland Geld günstiger als auf dem Kapitalmarkt leiht, kann Griechenland den Gläubigern umlaufender Staatsanleihen den Nennbetrag der Anleihen nach Ende der Laufzeit zurückzahlen.

Das bedeutet aber, dass die Inhaber von Wertpapieren keine Kursverluste erleiden – weder durch Kursverfall noch durch Abstriche bei der Rückzahlung der Nennbeträge. Unter den Inhabern befinden sich aber auch spekulative Anleger, die die Anleihen zur Hochzeit der Krise sehr billig erworben haben. Auch diese werden also durch die Politik der EU und die der Bundesregierung gestützt.

Wie bereits geschildert wurde, sind sowohl an Griechenland ausgereichte günstige Kredite wie auch Staatsanleihenkäufe durch die EZB *ceteris paribus* richtig. Dass der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB auch Spekulanten nutzt, ist also eine genauso richtige Feststellung wie jene, dass dies unvermeidlich ist, denn Kern einer linken Strategie muss es sein, *„das Wachstum in den Mitgliedsländern des Euroraums zu fördern und die Zinsen für Staatsanleihen wieder auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. (...)*

Anderenfalls dürfte die Zustimmung zur Währungsunion sowohl in den Geberländern als auch in Griechenland, dessen Wirtschaft mit einer Kaskade von Austeritätsprogrammen zum Absturz gebracht wurde, auf Dauer nicht mehr zu erreichen sein, mit unabsehbaren Folgen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums. (...)

Dass spekulative Anleger, die bereits zur Finanz- und Wirtschaftskrise in negativem Sinne beigetragen haben, von einer umfassenden Lösung der Eurokrise profitieren, ist eindeutig ungerecht. Es ist aber notwendig und in Kauf zu nehmen, da die Alternative eines Schuldenschnitts, bei der diese Anleger einen Teil der Lasten tragen würden, so destruktive Folgen haben kann, dass sie unbedingt vermieden werden muss. Eine gerechtere Lastenverteilung kann auf anderem Wege hergestellt werden, etwa über eine Finanztransaktionssteuer, eine Bankenabgabe oder eine Vermögenssteuer.“⁴

2.2.3 Bleiwirkung

Wenn im Resolutionsentwurf formuliert wird: *„Die einzigen, die mit Sicherheit von dieser Politik profitieren, sind die Spekulanten“*, so ist das ungenau. Denn von den

⁴ Horn, Gustav A. / Lindner, Fabian / Niechoj, Torsten: Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum, in: IMK-Report 63, Düsseldorf 2011, S. 14, URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_63_2011.pdf

Rettungsschirmen als solchen und einem Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB profitieren unter Absehung der Austeritätspolitik, also unter sonst gleichbleibenden Bedingungen (= *ceteris paribus*), deutlich mehr Gruppen:

„Profitieren wird von dieser Strategie erst einmal die griechische Bevölkerung, die nach den massiven Kürzungen der öffentlichen Hand und dem drastischen Wachstumsseinbruch bisher schon unter der Krise gelitten hat und bei einem Schuldenschnitt oder Austritt noch weiter leiden würde.

Profitieren wird aber auch der Euroraum als Ganzes, da ihm einerseits Ansteckungseffekte und Turbulenzen im Bankensystem erspart bleiben und da andererseits der Euro als gemeinsame Währung des ganzen Euroraums gestärkt wird.

Profitieren werden auch diejenigen, die in letzter Zeit griechische, irische und portugiesische Staatsanleihen zu niedrigen Preisen am Sekundärmarkt gekauft haben. Dies ist zum einen die EZB, es sind aber auch eher spekulativ agierende Finanzakteure, die die Anleihen von langfristig orientierten Fonds und Versicherungen übernommen haben. Letztere haben sich von den Staatsanleihen trennen müssen, da sie nur risikoarme Anleihen halten dürfen.“⁵

Allerdings bezieht sich das Papier des linkskeynesianischen IMK ausdrücklich auf eine Politik, bei der zum einen Griechenland Gelder günstig kreditiert werden und dessen Staatsanleihen aufgekauft werden und bei der zum anderen eine Austeritätspolitik vermieden wird. Die Politik der EU hingegen kombiniert Kredite und Staatsanleihenkauf gerade mit eben jener Austeritätspolitik. Austeritätspolitik aber mindert oder konterkariert gar die positiven Wirkungen von Krediten und Staatsanleihenkauf. Und die Kreditvergabe könnte noch besser vonstattengehen, wie noch zu erläutern sein wird.

Was wäre angesichts dessen als LINKE zu tun? Es reicht nicht, nur von Bleiringen zu sprechen oder zu betonen, dass die Programme ein „*unwirksames, dafür aber unglaublich teures Krisenmanagement*“ darstellen. Vielmehr müsste man betonen: Günstige Kredite für Griechenland und Staatsanleihenkauf durch die EZB sind richtig. Austerität ist falsch. Die Politik von Regierung und EU ist abzulehnen, weil sie Austerität ausdrücklich vorsieht und die Kreditvergabe nicht optimal durchführt, nicht aber, weil überhaupt Kredite an Griechenland vergeben werden oder weil die EZB Staatsanleihen aufkauft.

5 Ebenda.

3 Schuldenschnitt und Insolvenz

Ein Schuldenschnitt bedeutet, dass die Inhaber umlaufender Staatsanleihen auf Teile ihrer Ansprüche verzichten. Eine Insolvenz bedeutet, dass Griechenland seine Schulden nicht mehr bedienen kann, so dass griechische Vermögenswerte auf die bedienbaren Ansprüche der Gläubiger verteilt werden. In beiden Fällen werden Ansprüche der Gläubiger reduziert. Im Folgenden erfolgt eine Konzentration auf den Schuldenschnitt.

Große Teile der LINKEN sind für einen Schuldenschnitt und in dieser Frage mit der am stärksten neoliberal geprägten Regierung in der EU einig, nämlich jener der BRD. So antwortet Sahra Wagenknecht in einem Interview auf die Frage: *„Sie selbst haben ja auch schon gesagt, ein Schuldenschnitt Griechenlands ist unvermeidbar – das sagt auch Bundesfinanzminister Schäuble. Sind Sie sich da einig?“*, das Folgende:

„Na ja, der Unterschied ist, dass wir schon vor anderthalb Jahren gesagt haben, dass der Schuldenschnitt unvermeidbar ist und dass wir genau deshalb gegen diese Rettungspakete waren, weil sie haben ja nur dazu geführt, dass wenn der Schuldenschnitt jetzt kommt, er für den Steuerzahler sehr viel teurer wird und für die Banken und für die gesamte Finanzindustrie wesentlich billiger wird.“⁶

Über den Zeitpunkt des Schuldenschnitts und die Verteilungswirkungen gibt es also unterschiedliche Auffassungen, nicht aber über den Schuldenschnitt an sich. Das mutet merkwürdig an, und es ist auch ein Problem. Das Problem vieler LINKER ist eine Inkongruenz von Motiven und Maßnahmen. Kommen wir zunächst zu den Motiven. Motiv vieler LINKEN ist es offenbar, Reiche und Vermögende an den Lasten der Krise zu beteiligen. Dieses Motiv ist ein richtiges Motiv – eine Partei, die dies nicht anstrebt, ist keine linke Partei. Die Frage stellt sich jedoch, ob die Maßnahme des Schuldenschnitts richtig ist. Die Antwort lautet: eher nein.

3.1 Kapitalflucht und Zinsanstieg in der Zukunft

Bei einem Schuldenschnitt besteht die Gefahr der Kapitalflucht. Anleger werden vor Schuldenschnitten griechische Staatsanleihen zu verkaufen versuchen. Da die Anzahl der Käufer ohne EZB-Hilfe konstant bleibt oder gar sinkt, sinkt der Kurs und steigen die effektiven Zinsen. Dadurch verteuert sich aber die künftige Staatsverschuldung.

⁶ Sahra Wagenknecht im Gespräch mit Nana Brink, Deutschlandradio Kultur, Sendung vom 22.10.2011, URL: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1585622/>

Verstärkt wird dies durch einen weiteren Effekt: Bei einem Schuldenschnitt verzichten Gläubiger griechischer Staatsanleihen auf Ansprüche. Dies hat Auswirkungen für die zukünftige Staatsverschuldung Griechenlands. Denn künftige Gläubiger werden Griechenland nur dann Geld leihen, wenn sie mit Blick auf den Anspruchsverfall im Zuge des Schuldenschnitts künftig im Voraus kompensatorisch sehr hohe Zinsen erlangen.

3.2 Probleme der griechischen Ökonomie und ihrer Banken

Viele griechische Banken halten griechische Staatsanleihen. Bei einem Schuldenschnitt müssen sie größere Teile ihrer Forderungen gegenüber dem griechischen Staat abschreiben und unter Umständen Verluste hinnehmen. Das reduziert ihr Eigenkapital und damit ihre rechtliche Möglichkeit, Kredite zu vergeben. Hinzu kommt, dass sie auch psychologisch bei Verlusten zurückhaltender mit ihrer Kreditvergabe sein werden.

Auf diese Weise ist mit Problemen für die Geldverleihpraxis im griechischen Interbankenmarkt zu rechnen und damit auch mit einem Zinsanstieg im Privatkunden- und Unternehmenskreditsektor. Bei steigenden Zinsen werden aber alle Investitionen unterlassen, deren interne Rendite bisher über dem Geldzinssatz lag, nun aber drunter. Verstärkt durch depressive Grundstimmung, dürfte das Wachstum gebremst werden.

Schließlich dürften auch manche Banken durch hohe Abschreibungen selbst in ihrer Existenz gefährdet sein. All dies führt dazu, dass Griechenland wieder gefährdet wird, was ja gerade vermieden werden soll.

3.3 Probleme der EZB

Es gibt zwei Arten von Forderungen, die die EZB gegenüber Griechenland hat: zum einen direkte Forderungen gegenüber dem griechischen Staat, die die EZB gekauft hat; zum anderen Forderungen an die griechische Zentralbank im Rahmen der Liquiditätsbereitstellung. An der EZB wiederum sind die EWU-Länder wie die BRD beteiligt, die BRD z.B. mit etwa 27%. Ein Schuldenschnitt fällt auch auf die EZB, damit aber auch auf die Mitgliedsländer und somit auf die Steuerzahler der EWU-Länder zurück.

Das heißt nicht, dass die Aufkäufe von Staatsanleihen oder Geldausreichung an griechische Banken durch die EZB plötzlich zu kritisieren wären. Diese waren richtig, aber sorgen eben dafür, dass ein Schuldenschnitt mit Problemen verbunden ist.

3.4 Probleme deutscher Banken

Auch deutsche Banken sind Gläubiger griechischer Staatsanleihen. Dies betrifft private wie auch öffentliche Banken. Dabei gilt es sich in Erinnerung zu rufen, dass zur Stützung Griechenlands viele deutsche Banken aufgerufen wurden, griechische Staatsanleihen als nun gerade nicht spekulative Wertpapiere zu erwerben.

Kommt es nun zum Schuldenschnitt, ist eine Abschreibung von Forderungen bei den Banken die Folge. Die Wirkungskette ähnelt der beschriebenen bei griechischen Banken, nur dass es sich eben diesmal um deutsche Banken handelt. Selbstredend sind deutsche Banken nicht im selben hohen Umfang Inhaber griechischer Staatsanleihen wie griechische Banken, dennoch ist das Problem nicht zu unterschätzen. Es könnte in Deutschland so wie auch in anderen Ländern wie Frankreich, in denen Banken in Griechenland engagiert waren, zu Zinserhöhungen und Wachstumsrückgängen mit unschönen Folgen für die Beschäftigung kommen.

Besondere Brisanz erhält die Lage deutscher Banken zusätzlich dadurch, dass der Nachrichtenagentur REUTERS zufolge auch Landesbanken und öffentliche Bad Banks der HRE und der WestLB zu den größeren Inhabern griechischer Staatsanleihen gehören sollen. Kommt es also zum Schuldenschnitt, trägt auch in diesem Fall die öffentliche Hand die Last erheblich mit.

3.5 Allgemeine Empirie

Es ist offenbar eine Erfahrung vergangener Schuldenschnitte, dass diese nach der primären Entlastung sekundäre Belastungen nach sich ziehen:

„Auch die historische Erfahrung mit der Reduzierung staatlicher Schulden in anderen Ländern zeigt, dass Schuldenschnitte mit Bankenkrisen verbunden sind. Der IWF (2002) berichtet, dass Großteile des russischen und ecuadorianischen Bankensystems nach den Schuldenschnitten Russlands im Jahr 1998 und dem Schuldenschnitt Ecuadors im Jahr 1999 insolvent wurden. Die daraufhin nötige Bankenrettung hat wieder zu hohen fiskalischen Kosten für den Staat geführt; in Ecuador in Höhe von 24 Prozent des BIP.

Reinhart und Rogoff (2009) kommen in einer Studie zu dem Ergebnis, dass sich die staatliche Verschuldung nach einer Bankenkrise preisbereinigt im Durchschnitt um 86 Prozent erhöht, also fast verdoppelt. Bei einer durch einen Schuldenschnitt induzierten Bankenkrise würde also die staatliche Verschuldung, die gerade erst durch die Restrukturierung reduziert wurde, mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder stark steigen.“⁷

⁷ Horn, Gustav A. / Lindner, Fabian / Niechoj, Torsten: Schuldenschnitt für Griechenland, a.a.O., S. 8.

3.6 Fazit

All dies zeigt, dass ein Schuldenschnitt mit erheblichen Risiken verbunden ist. Sich für ihn einzusetzen, was auch respektable linke Ökonomen wie Rudolf Hickel tun, ist nur dann sinnvoll, wenn zum einen die positiven Wirkungen einer Entlastung für Griechenland die geschilderten negativen Effekte überwogen und zum anderen keine anderen Wege einer Belastung reicher Kapitaleigner bestünden.

Dem entgegen wird jedoch hier die These vertreten, dass die längerfristigen negativen Effekte eines Schuldenschnitts die positiven kurzfristigen Entlastungen Griechenlands überkompensieren. Zudem wird betont, dass es andere Wege der Belastung reicher Kapitaleigner gibt, etwa eine erhöhte Steuer auf hohe Einkommen, eine Finanztransaktionssteuer, eine Bankenabgabe oder eine Vermögensteuer.

4 LINKE Lust an moralischer Kritik

Beschrieben wurde bislang ein korrektes Motiv LINKER Politiker: die Belastung reicher Kapitaleigner. Bisher lautete die Kritik, dass die Maßnahme eines Schuldenschnitts mit dem ursprünglichen Motiv in Konflikt geraten kann. Es gibt jedoch ein weiteres Motiv innerhalb der LINKEN: Böse Spekulanten hätten uns in den Mist geführt, mögen sie doch mal selber die Suppe auslöffeln, und sei es um den Preis einer Krise. Lust an moralischer Kritik ist aber aus mehreren Gründen bedenklich.

Erstens führt ein reines Setzen auf Moral in die Irre. Denn ein Nachkarten, das sich aus dem Gefühl moralischer Überlegenheit speist, nutzt keinem Erwerbstätigen mit geringem bis mittlerem Einkommen, keinem Erwerbslosen, keinem Rentner.

Zweitens ist die personelle Ursachenzuschreibung keine ganz einfache Übung. Richtig ist zwar, dass große Finanzunternehmen durch ihr Agieren Druck auf die Politik in Richtung neoliberaler Wirtschaftspolitik ausgeübt und überdies durch ihr Handeln krisenhafte ökonomische Strukturen aufrechterhalten haben. Doch der Krisenzusammenhang ist deutlich komplexer: Es handelt sich um ein Problem von Überakkumulation, Unterkonsumtion und ungleicher Entwicklung in der Realwirtschaft, das begleitet wird von hierauf fußenden finanziellen Abkoppelungsprozessen. Zu diesem systemischen Problem tragen Konzerne der Realwirtschaft und Finanzinstitute bei, aber sie konstituieren das Problem nicht als ganzes.

Konstituiert wird es durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge, an denen alle Menschen oftmals beitragen, ohne es genauso gewollt zu haben. Wir sind zwar mit

einer Macht konfrontiert, die die Demokratie gefährdet, aber es nicht die Macht der Banken, sondern eine Macht der Märkte, die sich auch hinterm Rücken der Menschen konstituiert. Daher reicht es nicht, nur die Akteure auszutauschen – also statt großer privater Banken Sparkassen einzusetzen oder Unternehmen und den Finanzsektor eigentumsrechtlich zu vergesellschaften.⁸ Vielmehr käme es darauf an, durch Politik einen anderen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu etablieren – eine Aufgabe, die über die zweifellos wichtigen Eigentumsfragen weit hinausgeht.

Drittens ist moralische Empörung, die skandalisiert, von Mächten redet und mafiaähnliches Agieren unterstellt, eine bequeme Ausrede, um sich vor der Erarbeitung alternativer Ansätze zu drücken.

5 LINKES Gestaltungskonzept

Eine LINKE, die Erfolg haben will, muss sich in der Gesellschaft als Kraft beweisen, die in der Lage wäre, das gesellschaftliche Schiff sicher durch das aktuell schwere Gewässer zu führen. Das heißt nicht, dass sie mit Vorschlägen im Konkretionsgrad einer regierungsadministrativen Ebene aufwarten oder Popularisierungen aussparen muss. Es heißt aber, dass DIE LINKE aus ihrer Komfortzone reiner Kritik stärker raus und ein LINKES Gestaltungskonzept erarbeiten und popularisieren muss:

1. für höhere Lohnstückkostensteigerungen in der BRD im Rahmen abgestimmter europäischer Lohnpolitik zur Reduzierung ungleicher Entwicklung und zur Zurückdrängung von Überakkumulation und Unterkonsumtion;
2. für eine abgestimmte expansive Ausgabenpolitik (inkl. Transferunion) und öffentliche Umverteilung von oben nach unten in den EU-Ländern und der EU;
3. für monetäre Rettungsschirme für Krisenländer, die diesen optimal helfen;
4. für eine EU-Ausgleichsunion und Wechselkursvereinbarungen zwischen der EU und anderen Teilen der Weltwirtschaft wie den USA, China und Südostasien;
5. für eine strikte Regulierung des Finanzgeschehens inklusive einem Verbot besonders schädlicher Handlungen;
6. für eine Finanztransaktionssteuer.

⁸ Eine Kritik an solchen Ansätzen findet sich bei Wendl, Michael: Linke Wirtschaftspolitik als Tugendlehre. Gibt es eine innere Verwandtschaft von Ordoliberalismus und »kreativem« Sozialismus?, in: Sozialismus, Heft 12/2011, <http://www.linksnet.de/de/artikel/27106>.

Der zweite Punkt signalisiert, dass es richtig ist, die Politik der EU und der Bundesregierung abzulehnen, denn diese setzt bekanntlich auf Austerität und Schuldenbremsen in Verfassungsrang. Anders steht es aber um die monetären Rettungsschirme. Diese sind von ihrer Logik her richtig, was auch der dritte Punkt signalisiert. Allerdings käme es darauf an, die monetären Rettungsschirme zu optimieren.

Am besten wäre es, wenn die EZB selber oder eine öffentliche europäische Bank, die sich über die EZB niedrigst verzinst finanziert, niedrige Zinsen an die Mitgliedsstaaten weiterreicht. Ein solches Handeln der EZB, vermutlich auch ein Handeln einer solchen öffentlichen Bank verstößt gegen das neoliberal durchgesetzte europäische Verfassungswerk, das Notenbankkredite an Mitgliedsstaaten untersagt. Eine Aufgabe besteht also darin, für eine Änderung des Verfassungswerks zu kämpfen, eine andere Aufgabe darin, solange hierbei noch kein Erfolg erzielt wird, Ausweichmöglichkeiten zu finden und hierfür auch politisch bestimmt einzutreten.

Diese Alternative besteht in der „Umwandlung des Rettungsfonds (EFSF) zum »Europäischen Währungsfonds« (EWF). Dieser stellt den Euroländern Finanzmittel durch Ausgabe von Eurobonds zur Verfügung. EZB und EWF legen gemeinsam deren Zinsniveau fest, und zwar etwas unter der erwarteten (nominellen) Wachstumsrate (derzeit auf 2% bis 3%). Der langfristige Zins wird also nach einem ähnlichen Verfahren festgelegt wie der (kurzfristige) EZB-Leitzins. Gleichzeitig ist sichergestellt, dass auch Deutschland keine höheren Zinsen als derzeit zahlen müsste.“⁹

Solange dies noch nicht der Fall ist, muss sich DIE LINKE zu den EU-Rettungsschirmen und zur EZB verhalten. Es ist sinnvoll, die Kreditierung an Griechenland und den Aufkauf umlaufender griechischer Staatsanleihen durch die EZB zu begrüßen und zugleich Kritik zu üben: daran, dass die Bundesregierung Eurobonds noch ablehnt; daran, dass eine Abstimmung der Lohnpolitik durch die Bundesregierung verhindert wird; daran, dass die Bundesregierung Austeritätspolitik forciert. Dies ermöglicht auch, zu begründen, warum die LINKE Bundestagsfraktion gegen die Pläne der Bundesregierung votiert. Aber es sei betont, dass Rettungsschirme und Ankäufe von Staatsanleihen als solche nicht skandalisiert werden sollten. Die Bevölkerung dürfte einen solchen differenzierenden Ansatz begrüßen.

Ein sehr wichtiger Punkt ist schließlich die Demokratiefrage, die hier nur kurz angerissen sei. Es darf nicht sein, dass Regierungen im Schnellverfahren Maßnahmen durchziehen, ohne dass Parlamente beteiligt werden und die Bevölkerung befragt wird. Daher ist die Kritik an der Demokratieferne der EU wichtig. Doch schwer wird die Antwort sein, wie objektiv technische Zusammenhänge von Ökonomie und Politik demokratischen Entscheidungen zugänglich zu machen sind.

⁹ Schulmeister, Stephan: Mitten in der großen Krise. Ein »New Deal« zwischen Politik, Unternehmern und Gewerkschaften, in: Sozialismus, Heft 10/2011, S. 23.

6 Mathematischer Anhang

6.1 Saldenmechanik

Volkseinkommen (Y) und Importe (M) können nachgefragt werden durch Konsum (C), Nettoinvestitionen (I), Staatsausgaben (G) und Exporte (X). Also:

$$Y + M = C + I + G + X$$

Das Volkseinkommen Y verteilt sich auf Bruttogewinne (Pb) und Bruttolöhne (Lb). Also:

$$Pb + Lb = C + I + G + (X - M)$$

Die Bruttoeinkommen setzen sich aus den Nettoeinkommen (Pn bzw. Ln) plus Steuern (T) zusammen:

$$Pn + Ln + T = C + I + G + (X - M)$$

Nettoprofiten werden entweder thesauriert (PnTh) oder als Dividende (PnDiv) ausgeschüttet:

$$PnTh + PnDiv + Ln = C + I + (G - T) + (X - M)$$

$$(PnTh + Ln - C) + (PnDiv - I) = (X - M) + (G - T)$$

Ersparnis der Haushalte plus Unternehmensersparnis =

Nettokapitalexport + Staatsverschuldung

6.2 Situation in Deutschland

Die Haushalte sparen (2009: 150, 1 Mrd. €).

Die Unternehmen sparen im Spätkapitalismus, da sie wegen unzureichender Binnennachfrage nicht Kredite aufnehmen, sondern ihre nicht für reale Investitionen verwendeten, thesaurierten Gewinne anlegen (2009: 48,9 Mrd. €).

Die Exportüberschüsse wegen geringerer Lohnstückkosten werden als Kapital netto ins Ausland exportiert und absorbieren Ersparnis als Auslandsanlage (2009: 119,7 Mrd. €).

Der Staat absorbiert den Rest über Staatsverschuldung (2009: 79,3 Mrd. €).

$$150,1 + 48,9 = 119,7 + 79,3$$

6.3 Situation in Griechenland

Die Haushalte verschulden sich v.a. wegen geringer Lohneinkommen (2009: -5,1 Mrd. €).

Die Unternehmen sparen im Spätkapitalismus, da sie wegen unzureichender Binnennachfrage nicht Kredite aufnehmen, sondern ihre nicht für reale Investitionen verwendeten, thesaurierten Gewinne anlegen (2009: 10,8 Mrd. €).

Die Importüberschüsse wegen höherer Lohnstückkosten werden durch Nettokapitalimport aus dem Ausland, etwa der BRD, finanziert (2009: -30,4 Mrd. €).

Da die Haushalte keine Ersparnisse erzielen und griechische Ersparnisse nicht im Ausland angelegt werden, sondern das Ausland seine Ersparnisse in Griechenland anlegt, hat der griechische Staat eine notwendig hohe Staatsverschuldung (2009: 36,1 Mrd. €).

$$-5,1 + 10,8 = -30,4 + 36,1$$

Würde der griechische Staat sich nicht mehr oder nicht mehr in so hohem Ausmaß verschulden, so ginge das nur, wenn kompensatorisch

- das Leistungsbilanzdefizit bzw. der Nettokapitalimport reduziert würde, Griechenland also seine Exporte ausdehnen oder seine Importe reduzieren würde;
- oder die Unternehmen weniger sparen, das heißt größere Anteile ihrer thesaurierten Gewinne real investieren würden;
- oder die Haushalte weniger sparen, das heißt sich in noch höherem Ausmaß verschulden würden.

Sozialistische Linke

realistisch und radikal

Die Sozialistische Linke (SL) ist eine gewerkschaftlich orientierte Strömung innerhalb der Partei DIE LINKE.

Wir berufen uns auf links-keynesianische und reformkommunistische Traditionen, organisieren viele Mitglieder aus den Gewerkschaften und wurden am 19. August 2006 in Wuppertal gegründet.

Wir vereinen über 700 Mitglieder unter unserem Dach und streben eine moderne sozialistische Mitgliederpartei an.

Wir streiten für den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau durch eine Ausweitung der öffentlichen Zukunftsinvestitionen und des Sozialstaats.

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die strategische Orientierung auf die gemeinsamen Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen und kleinen und mittleren Unternehmern sind der Anker unserer Politik.

Impressum

Herausgeber: Sozialistische Linke Köln

Redaktion und Layout: Alexander Recht

Auflage: 100 Exemplare

Schriftenreihe der Sozialistischen Linken Köln, Band 1

Köln, im Dezember 2011

Mehr Infos im Internet unter: <http://www.sozialistische-linke.de/>